

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsübersicht des 113. Landesparteitages der FDP Hamburg

25. April 2021

#fdpHH113

Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
A001	Schaffung von Bedingungen für einen subventionslosen Weiterbetrieb von Photovoltaikanlagen Frank Hamatschek, Marion Hamatschek, Susanne Crawford-Anton, Stephan Meyns	1
A002	Verschonungsregel abschaffen Dirk Ahlers	5
A003	Trennung von Legislative und Exekutive im Bund verbindlich durchsetzen Barnabas Crocker, Ralf Kempgen, Günter Rosenberger	8
A004	Hamburg – Metropole einer neuen Zeit Daniel Oetzel, Carl Coste, Anna von Treuenfels-Frowein, Carl Jarchow, Ewald Aukes, Ron Schumacher, Timo Fischer, Jens Meyer, Magnus Mayer, Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Marcel von Volland, Rose Pauly, Lara Oetzel, Fabrice Henrici, Theresa Bardenhewer, Esther Kapitza, Otfried Fritsch, Nils Knoben	10

113. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A001

Antragsteller:

Frank Hamatschek
Marion Hamatschek
Susanne Crawford-Anton
Stephan Meyns

Schaffung von Bedingungen für einen subventionslosen Weiterbetrieb von Photovoltaikanlagen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 die Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion aufzufordern, sich ausdrücklich für
- 2 diese Lösung nach niederländischem Vorbild einzusetzen.
- 3
- 4 1. Den EVUs, Stadtwerken und sonstigen Stromversorgern zu erlauben, Strom
- 5 nach dem unten erklärten Prinzip zu vermarkten.
- 6 2. Die bisherige Installation von Stromzählern, Verbrauchs- sowie Einspeisezäh-
- 7 ler, unverändert beizubehalten, um die Menge der eingespeisten sowie der
- 8 verbrauchten Energie weiterhin zu erfassen.
- 9 3. Die jährliche Abrechnungsperiode beizubehalten. Es erfolgt am Ende eines
- 10 Abrechnungsjahres ein Vergleich beider Zählerstände, so wird ein Saldo aus
- 11 Verbrauch und Einspeisung gebildet.
- 12 4. Sollte der Saldo ergeben, dass der Anlagenbetreiber mehr Energie bezogen
- 13 als eingespeist hat, so bezahlt er dies zu dem marktwirtschaftlichen Tarifpreis
- 14 des Anbieters.
- 15 5. Der Anlagenbetreiber kann mehr eingespeiste als entnommene Energie dem
- 16 Stromlieferanten schenken, d.h. diese Energie wird dem Vertragspartner kos-
- 17 tenlos zur Verfügung gestellt. Dies stellt eine unbürokratische Lösung dar, da
- 18 für den Betreiber kein „Gewinn“ entsteht – es entfällt somit die Pflicht, eine
- 19 EÜR und Umsatzsteuererklärung zu erstellen. Es bleibt den Vertragspartnern
- 20 aber unbenommen, auch im Falle einer „Überproduktion“ in freier Vertragsver-
- 21 handlung vorab einen Preis festzulegen.
- 22 6. Den Anlagenbetreiber von der Pflicht zu befreien, auf den selbst erzeugten
- 23 und verbrauchten Strom eine EEG-Umlage zu zahlen. Diese würde den Be-
- 24 trieb sonst unwirtschaftlich machen und zu unnötiger Bürokratie führen.

Begründung:

Beginnend ab 01.01.2021 fallen jährlich zum 01.01. Photovoltaikanlagen aus der EEG-Förderung.

Dies bedeutet, dass mangels Ertrag und Verbot bzw. Behinderung einer möglichen Eigennutzung diese Photovoltaikanlagen für den Betreiber unwirtschaftlich werden und, obwohl technisch i.d.R. noch zu 100 % funktionsfähig, verschrottet werden.

Diese Verschwendung von Ressourcen ist der Bevölkerung, die außerdem angehalten ist, jedes Gramm zusätzlichen CO₂ - Ausstoßes zu vermeiden, kaum zu vermitteln. Zumal diese Anlagen allein bis 2024 die Energie eines kleinen Atomkraftwerkes einspeisen bzw. den CO₂-Ausstoß in Höhe desjenigen des umstrittenen Block 4 des Kohlekraftwerks Datteln 4 vermeiden (geschätzt Solar >1000 MW, Datteln 4 1100 MW, Philippsburg 1 nur 926 MW brutto).

Es muss ein Anreiz für den Betreiber der Anlagen geschaffen werden, diese Anlagen weiter zu betreiben, um die Klimaziele zu erreichen. Der Betrieb muss unbürokratisch und kostendeckend möglich sein.

Diese Lösung entspricht den Forderungen der FDP, wie sie im Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag dargestellt sind.

1. **Marktwirtschaftlich:** die Vertragspartner – das EVU sowie der Einspeiser – können den Preis für den gelieferten Strom – sowohl in Richtung des EVU zum Photovoltaikerzeuger als Verbraucher als auch in Gegenrichtung vom Photovoltaikerzeuger als Lieferanten zum EVU –festlegen. Beide Seiten haben freie Wahl des Partners. Der Preis regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Vorteil: steigt der Gesamtstromverbrauch (wider Erwarten), z.B. Beispiel durch unerwartet schnell steigende Akzeptanz der E-Mobilität, so ist es für den Photovoltaikerzeuger sinnvoll, die Produktion durch Wartung und Modernisierung zu steigern. Sinkt der Gesamtstromverbrauch, so wird er die Anlage bei notwendigen Reparaturen eher stilllegen.

Weiterhin ermöglicht diese Lösung auch den Bau neuer Anlagen nach dem gleichen Prinzip ohne staatliche Förderung, da sich das Betreiben ohne gesonderte Förderung rechnet.

2. **Unbürokratisch:** Bürokratie entfällt bei diesem Modell weitgehend. Es ist keine Gewerbeanmeldung, keine Steuererklärung erforderlich. Dies vermeidet

Aufwand nicht nur beim Photovoltaikbetreiber, sondern auch bei den Steuerbehörden. Eine EEG-Umlage ist für den Eigenverbrauch nicht zu entrichten, auch hier entfällt jegliche Bürokratie.

3. **Technologieoffen:** die Lösung betrifft hier die Erzeugung von erneuerbarer Energie durch Photovoltaik. Innerhalb diesen Spektrums kann jede zulässige neue Technik und Innovation angewendet werden. Beispielsweise beim notwendigen Ersatz von Solarzellen oder Wechselrichtern.
4. **Klimaschützend:** Diese Regelung ermöglicht den Fortbestand der Erzeugung durch diese Anlagen. Diese Anlagen erzeugen den Strom zu 100 % klimaschützend und CO₂-frei. Da diese Anlagen nicht verschrottet und durch neue Anlagen ersetzt werden, ist auch kein zusätzlicher CO₂ -Ausstoß bei der Erzeugung neuer Anlagen erforderlich. Dies ist ein großer Vorteil gegenüber dem Modell, funktionierende Anlagen sofort durch Neuanlagen ersetzen zu wollen.
5. **Versorgungssicher:** Diese relativ kleinen Anlagen stellen einen bescheidenen Beitrag zur Versorgungssicherheit dar, da sie der politischen Herausnahme gesicherter Leistung entgegenwirken. Photovoltaikstrom fließt insbesondere in Zeiten hoher Stromnachfrage, wie in den Mittagsstunden, ins Netz. Die Erzeugungsmenge von Photovoltaikstrom ist mit Hilfe von Wetterdaten, Wettervorhersagen, leicht vorausplanbar und kann somit sehr gut in die geplante Erzeugung konventioneller Kraftwerke eingefügt werden.
6. **Bezahlbar:** da die Anlagen bereits bestehen, sind sie auch bezahlbar. Es muss allerdings ein Anreiz für die Erzeuger geschaffen werden, zumindest die laufenden Kosten zu decken. Dies geschieht durch die Möglichkeit des umlagefreien Eigenverbrauchs sowie der Minimierung des bürokratischen Aufwandes. Ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Kostenvorteil dieser Post-EEG-Anlagen liegt aber auch darin, dass sie NICHT mehr durch eine EEG-Umlage gefördert werden müssen. D.h., sie tragen zu dem politisch erwünschten erforderlichen Absenken der Gesamt-EEG-Umlage bei. Sie entlasten den ab 2021 geplanten staatlichen Zuschuss zu der EEG-Umlage.
7. **Akzeptiert:** Die grundsätzliche Akzeptanz der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie ist bei diesen Post-EEG-Photovoltaikanlagen im Vergleich zu

anderen CO₂-freien Anlagen noch höher. Die Anlagen existieren bereits. Es gibt keine Belästigungen durch Baustellen. Es gibt keinen (zusätzlichen) Flächenverbrauch, soweit es sich um Dachanlagen handelt ohnehin nicht. Es sind keine zusätzlichen Strommasten erforderlich, im Gegenteil, durch die teilweise Erzeugung direkt beim Verbraucher werden die Stromnetze entlastet. Auch eine Störung von Windrädern entfällt. Durch die Vermeidung der sofortigen Stilllegung und Verschrottung der Anlagen träte eine Ressourcenschonung ein – neue Anlagen müssten erst Jahre später hergestellt werden. Auch bei der Produktion zusätzlicher neuer Anlagen fiele eine zusätzliche CO₂-Emission an. Eine Förderung durch das EEG ist bei Altanlagen – im Gegensatz zu neu erstellten- nicht erforderlich. Das senkt die EEG-Umlage insgesamt. Diese Senkung des CO₂-Abdrucks, initiiert mit Unterstützung der FDP würde auch die Akzeptanz der FDP in der Öffentlichkeit erhöhen.

8. **Europäisch:** Das Modell hilft, den derzeitigen Import von 70 % der Energie zu senken und somit die gesamteuropäischen Stromnetze zu entlasten. Das hier für Deutschland geforderte Modell wird bereits von einigen europäischen Ländern angewendet – es führt somit zu einer einheitlichen europäischen Lösung und fördert die Gemeinsamkeit.
9. **Innovativ:** Durch den Wegfall der bürokratischen Hemmnisse und die marktwirtschaftliche Einbindung in den Wettbewerb wird die Innovationskraft der Energiewirtschaft bei Anwendung dieses Modells erhöht.
10. **Smart:** Auch diese Forderung des Antrags der FDP-Fraktion des Bundestags erfüllt unser vorgeschlagenes Modell. Durch das Vorhandensein von 2 Stromzählern kann der Stromfluss in beide Richtungen gemessen werden. Diese Zähler sind bereits digital und können bei Bedarf alle Werte zur digitalen Weiter-Aufbereitung übermitteln. Allerdings sollte hier die Verhältnismäßigkeit im Vordergrund stehen. Eine weitere Digitalisierung, z.B. durch kostentreibende RLM-Zähler, wäre nicht zielführend. Auch auf der anderen Seite – beim Strombezug durch Großverbraucher – ist es i.d.R. erst ab einem Bezug von 100.000 kWh Pflicht, eine Viertelstunden-Messung mittels RLS-Zähler vorzunehmen. Warum dies auf der Einspeiseseite generell schon bei Lieferungen unter 1 kWh gelten soll, ist nicht verständlich und für die Versorgungssicherheit irrelevant.

113. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A002

Antragsteller:

Dirk Ahlers

Verschonungsregel abschaffen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird beauftragt, für den Landesverband Hamburg auf dem
- 2 nächsten Bundesparteitag einen Änderungsantrag zum Entwurf des Bundestags-
- 3 wahlprogrammes einzubringen, wonach sich die FDP für eine
- 4
- 5 Abschaffung der Verschonungsregel für
- 6 Unternehmensvermögen (§§ 13a und 13b des Erbschaftsteuer- und
- 7 Schenkungsgesetzes)
- 8
- 9 einsetzt.

Begründung:

Der Landesparteitag hat den Tenor des Änderungsantrages bereits am 7. November 2015 beschlossen (Anlage). Eine Umsetzung auf Bundesebene ist bislang gescheitert.

Zu einem für die bevorstehende Bundestagswahl wichtigsten Thema „soziale Gerechtigkeit“ oder „gerechte Vermögensverteilung“ findet sich bislang im Entwurf des Bundestagswahlprogrammes nichts, also auch nicht in den Modulen 2, 4, 5 und 7. Im Gegenteil: Die an sich richtige Abschaffung des Solidaritätszuschlags wird ohne Gegenleistung für die davon besonders profitierenden Reichen bzw. Superreichen gefordert (3.21). Als Ausgleich müsste zumindest die Verschonungsregel in der Erbschaftsteuer abgeschafft werden.

Geschieht diese Maßnahme oder ähnliches nicht, bleibt es beim Ruf der FDP als die „Partei der Reichen“. Zudem ist in den absehbar durch die Pandemie-Krise kommenden Zeiten angespannter Konjunktur- und Haushaltslagen die ausgleichslose Abschaffung des Solidaritätszuschlages weder finanziell noch politisch realistisch und eine entsprechende Forderung mithin nicht glaubwürdig.

102. FDP-Landesparteitag, 07. November 2015 - Beschluss -

Für eine verfassungskonforme Erbschaftsteuerreform Einfach, niedrig und gerecht!

Einleitung

Mehrfach sind in der Vergangenheit die Gesetze zur Erbschaftsteuer vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden. Der jetzige Regierungsentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer zeigt, dass - wenn überhaupt - eine verfassungskonforme Trennung von Betriebs- und Privatvermögen nur mit erheblichem bürokratischen Mehraufwand möglich ist. Die zahlreichen Kommentare und Äußerungen der geladenen Sachverständigen in der Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages am 12.10.2015 zu dem Entwurf weisen darauf hin, dass die geplanten Regelungen und Vorschriften ohne teure Berater nicht mehr verständlich sind. Deshalb setzt sich die FDP für eine grundlegende Reform der Erbschaftsteuer ein;

1. Die FDP setzt sich für einen einheitlichen Steuersatz in einer solchen Höhe ein, dass
 - sich das Gesamtaufkommen aus der Erbschaftsteuer nicht wesentlich verändern wird,
 - der Freibetrag auf 1 Mio. € erhöht wird,
 - für Vermögen bis zu 2,5 Mio. € keine Erbschaftsteuer anfällt (Freigrenze).

2. Die FDP setzt sich insofern dafür ein, dass die Verschonungsregelungen für Unternehmensvermögen (§§ 13a und 13b des Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetzes) nicht nur reformiert, sondern abgeschafft werden.

3. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Bewertung von Unternehmensvermögen reformiert wird, mit
 - Erhöhung des Abzinsungssatzes,
 - Wiedereinführung des Stuttgarter Verfahrens auf der Basis 1/3 Substanzwert, 2/3 Ertragswert.

4. Unter der Voraussetzung, dass
 - die Verschonungsregelungen abgeschafft werden,
 - der Freibetrag auf mindestens 1 Mio. € erhöht wird,
 - die Bewertung von Betriebsvermögen angepasst wird,
 - das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer nicht wesentlich verändert wird,befürwortet die FDP die Beibehaltung der Erbschaftsteuer.

5. Der Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion werden beauftragt, die diesem Antrag zugrundeliegenden Daten durch Sachverständige überprüfen

zu lassen, und sodann den Antrag dem Bundesparteitag am 23.4.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen und geeignete parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

113. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A003

Antragsteller:

Barnabas Crocker

Ralf Kempgen

Günter Rosenberger

Trennung von Legislative und Exekutive im Bund verbindlich durchsetzen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Legislative und Exekutive im Bund sollen besser als bisher getrennt und die
2 Gewaltenteilung besser durchgesetzt werden. Personelle Doppelfunktionen, bei
3 denen Mitglieder des Bundestags gleichzeitig Aufgaben der Regierung ausüben,
4 sollen abgeschafft werden. Übernehmen gewählte Mitglieder des Bundestags Äm-
5 ter oder Funktionen in der Bundesregierung, so soll ihre Mitgliedschaft im Bundes-
6 tag für die Dauer der Tätigkeit ruhen, endet die Tätigkeit, so kann das Abgeordne-
7 tenmandat wiederaufgenommen werden. Ruht die Mitgliedschaft eines Abgeord-
8 neten, so soll die Person nachrücken, die als nächste auf Grundlage des Wahler-
9 gebnisses nachrücken würde. Funktionen in der Bundesregierung sind insbeson-
10 dere:

- 11
- 12 • Das Amt des Bundeskanzlers,
 - 13 • ein Ministeramt,
 - 14 • das Amt eines Staatssekretärs oder parlamentarischen Staatssekretärs,
 - 15 • Beauftragte der Bundesregierung, wie etwa Drogen- oder Patientenbeauftragte.
- 16

17

18 Weiter sollen die Regeln zur Inkompatibilität bei Ausübung von öffentlichen Funk-
19 tionen gemäß §§ 5 und 8 AbgG auf Personen ausgeweitet werden, die eine lei-
20 tende Funktion in öffentlichen Unternehmen oder Einrichtungen ausüben oder in
21 leitender Funktion in Unternehmen tätig sind, auf die der Bund maßgeblich Ein-
22 fluss, etwa durch Beteiligungen in relevanter Höhe, ausüben kann. Leitende Posi-
23 tionen sind Tätigkeiten in der Geschäftsführung, in Vorständen, Aufsichtsräten
24 oder vergleichbaren Gremien.

25

26 Der Landesparteitag fordert den Landesverband Hamburg auf, bei den Beratun-
27 gen zum Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl auf dem nächsten
28 Bundesparteitag einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Begründung:

In Hamburg ruht gemäß § 39 BüWG das Abgeordnetenmandat in der Bürger-
schaft, wenn ein Mitglied in den Senat eintritt. Nach diesem Vorbild soll auch auf
Bundesebene eine klarere Gewaltenteilung zwischen Parlament und Regierung
eingeführt werden.

In der aktuellen Bundesregierung haben acht der 15 Minister parallel eine Mit-
gliedschaft im Bundestag, hinzu kommt die Bundeskanzlerin. Das führt teilweise
zu Interessenskollisionen. Jens Spahn, Bundesminister für Gesundheit etwa, hielt
seine Reden zum Thema Organspende im Jahr 2019 als Mitglied der Unions-
Bundestagsfraktion

(<https://www.bundestag.de/mediathek#filters=442350+Plenarsitzungen,442354+9766+OR+6761+OR+8521+OR+2893+OR+9597&scroll=mod536668>). Verkehrs-
minister Andreas Scheuer weigerte sich zuletzt, dem Maut-
Untersuchungsausschuss E-Mails zur Verfügung zu stellen. Er berief sich auf sei-
ne Rechte als Bundestagsabgeordneter
(<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auto-verkehr/gescheiterte-pkw-maut-scheuer-lehnt-kooperation-ab-17280224.html>).

Bei einer besseren Trennung von Regierungsamt und Bundestagsmandat ist eine
wirkungsvollere Kontrolle der Bundesregierung möglich. Außerdem ist gewährleis-
tet, dass alle Bundestagsabgeordneten ihren Verpflichtungen nachkommen kön-
nen. Mitglieder der Bundesregierung können durch ihre zahlreichen Verpflichtun-
gen unmöglich vollumfänglich ihrer Abgeordnetentätigkeit nachgehen.

Die Unvereinbarkeit eines Bundestagsmandats soll auf Unternehmen ausgeweitet
werden, die unter Kontrolle oder Einfluss des Bundes stehen. In vielen Bereichen
werden inzwischen Tätigkeiten oder Bereiche an Bundesunternehmen ausgelagert.
Auch hier dürfte bei Führungskräften ein erheblicher Interessenskonflikt be-
stehen, wenn diese parallel ein Bundestagsmandat ausüben.

113. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A004

Antragsteller:

Daniel Oetzel, Carl Coste, Anna von Treuenfels-Frowein, Carl Jarchow, Ewald Aukes, Ron Schumacher, Timo Fischer, Jens Meyer, Magnus Mayer, Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Marcel von Volland, Rose Pauly, Lara Oetzel, Fabrice Henrici, Theresa Bardenhewer, Esther Kapitza, Otfried Fritsch, Nils Knoblen

Hamburg – Metropole einer neuen Zeit

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten kennen das Potential Hamburgs als Hafenstadt und als
2 Wissenschaftsmetropole, als familienfreundliche Stadt für Jung und Alt und als
3 Wirtschaftsstandort, als lebenswertem Ort, an dem Hamburgerinnen und
4 Hamburger an ihrer Zukunft feilen, als attraktivem Ziel für Touristen und als
5 weltoffenem Heimathafen für Menschen aus verschiedensten Ländern Europas
6 und der Welt.

7 **Wir kennen das Potential Hamburgs als Metropole einer neuen Zeit.**

8 Die OECD-Studie 2019 hat unserer Stadt aber eine ungewisse Zukunft
9 bescheinigt, wenn die Landespolitik nicht in der Lage ist, die Zeichen einer neuen
10 Zeit zu erkennen und Hamburg auf die Herausforderungen der Zukunft
11 vorzubereiten.¹ Die Rezepte von gestern können die Probleme von heute nicht
12 lösen und sind erst recht nicht die Antwort auf die Fragen einer neuen Zeit.

13 Aber auch wir Freie Demokraten müssen uns weiterentwickeln. Unsere
14 Programme sind die Basis für eine liberale Zukunftsvision für unsere Stadt, auf die
15 wir in den kommenden Jahren aufbauen müssen. Wir verstehen unser Angebot
16 ganzheitlich und sind davon überzeugt, dass es für jeden Menschen in dieser
17 Stadt Gründe gibt, die Freien Demokraten zu unterstützen. Der Liberalismus
18 vereint Optimisten, die Verantwortung für sich und andere übernehmen wollen
19 und arbeitet daran, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, auf den eigenen
20 Beinen zu stehen.

21 Unsere Ziele für die kommenden Wahlen sind klar: wir wollen wieder zwei
22 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag entsenden und aus Hamburg einen
23 starken Beitrag dafür leisten, dass die FDP zum ersten Mal bei zwei
24 Bundestagswahlen hintereinander ein zweistelliges Ergebnis erringen kann. Wir

¹ <https://www.oecd.org/berlin/publikationen/regionalentwicklung-metropolregion-hamburg.htm>

25 wollen bei den Bezirksversammlungswahlen 2024 erneut mit Fraktionen in alle
26 sieben Bezirksversammlungen einziehen und bei der Bürgerschaftswahl 2025 mit
27 einer starken Fraktion ins Rathaus zurückkehren. Dieser Marathon beginnt heute:
28 Wenn wir die Wählerinnen und Wähler von unseren Ideen für Hamburg als
29 Metropole einer neuen Zeit überzeugen wollen, müssen wir die programmatische
30 Arbeit in den Mittelpunkt stellen und gemeinsam kämpfen.

31 **Lasst uns für Hamburg alles geben!**

32 **Die Bildung einer neuen Zeit**

33 In Hamburg hängen die Lebenschancen noch immer sehr stark von den
34 Verhältnissen ab, in die man geboren wurde.² Das ist die Antithese des liberalen
35 Aufstiegsversprechens. Wir treten für nicht weniger ein als die totale soziale
36 Mobilität: jeder und jede soll in Hamburg die Chance erhalten, das eigene Leben
37 selbst in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig ist Bildung die Grundlage für einen
38 auskömmlichen Arbeitsplatz, Teilhabe, eine gute Altersvorsorge und
39 wirtschaftliche Freiheit. Der Schlüssel hierfür ist unser Bildungswesen von der
40 Krippe bis zum lebenslangen Weiterlernen.

41 In der Kindertagesbetreuung müssen die Rahmenbedingungen besser austariert
42 werden, um die Qualität zum maßgeblichen Faktor zu machen. Eine
43 Weiterentwicklung des von der FDP eingeführten und grundsätzlich erfolgreichen
44 Kita-Gutscheinsystems, welches 18 Jahre nach seiner Einführung den
45 Anforderungen einer neuen Zeit nicht mehr gerecht wird, ist überfällig.

46 Für eine erfolgreiche frühkindliche Bildung in der neuen Zeit sind folgende Fragen
47 wichtig:

48 In welchen Strukturen können wir die Qualität der Erzieherausbildung nicht nur
49 sichern, sondern auch verbessern? Wie können wir das Gutscheinsystem
50 weiterentwickeln, um es in der neuen Zeit wieder zu dem Erfolgsmodell werden zu
51 lassen, dass es bei der Einführung war? Welche Rolle soll die Kindertagespflege
52 in diesem Zusammenhang spielen? Aber auch: Kann das Gutscheinsystem bei
53 neuem Erfolg auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden? Kann die Rolle von
54 Kinderbetreuungseinrichtungen in den Nachbarschaften vor Ort in Zukunft noch
55 weiter ausgebaut werden?

56 In der Schulpolitik geht es darum, die Absolventinnen und Absolventen aller
57 Abschlüsse wieder besser auf ihre berufliche Ausbildung oder das Studium
58 vorzubereiten. Für viele Studiengänge gibt es inzwischen Vorkurse, zahlreiche

² https://www.buergerstiftung-hamburg.de/fileadmin/user_upload/ImPuls/imPuls_0203_Intern.pdf

59 Ausbildungen setzen mittlerweile das Abitur voraus. Der Wert aller Abschlüsse ist
60 gesunken. Diesen Trend müssen wir stoppen.

61 Für die erfolgreiche Schulpolitik einer neuen Zeit sind folgende Fragen wichtig:

62 Bereitet der bestehende Fächerkanon die kommende Generation ausreichend auf
63 die Herausforderungen einer neuen Zeit vor? Mit welchen Maßnahmen kann der
64 Schulunterricht noch individueller auf die Bedürfnisse jedes Schülers/jeder
65 Schülerin eingehen? Ist die starre Profiloberstufe ein Teil des Problems und wenn
66 ja, welche Alternativen könnte es geben? Was muss Bestandteil der nächsten
67 Reform des Lehramtsstudiums sein? Welche Anforderungen stellen sich an eine
68 digitale Lehr- und Lernumgebung, die Hamburgs Schulen nicht nur krisenfest
69 macht, sondern auch im Regelbetrieb für ein zeitgemäßes Lernumfeld sorgt?

70 Dem Hamburger Hochschulsystem fehlt eine kohärente Perspektive. Kurzfristig
71 mögen Erfolge auf Bundesebene, wie dem Exzellenzstatus der Uni Hamburg oder
72 dem Einwerben von Bundesmitteln für Institute vor Ort, dies noch überdecken.
73 Aber wenn Hamburg eine Wissenschaftsmetropole der neuen Zeit werden
74 möchte, braucht der Hochschulstandort starken Rückhalt auch von der
75 Landesebene.

76 Für Hamburg als Hochschulstandort einer neuen Zeit sind folgende Fragen
77 wichtig:

78 Welche Rolle sollen die einzelnen Hochschulen im Gesamtgefüge der
79 Hochschullandschaft in der Zukunft spielen? Welche Weichenstellungen
80 ermöglichen es, die Hochschulen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ
81 nach vorne zu bringen? Ist das derzeitige Hamburgische Hochschulgesetz eine
82 Hilfe oder eine Last? Wie schaffen wir es, die Hochschulen noch stärker in der
83 Gesellschaft zu verankern und welche Rolle können sie für die Bekämpfung des
84 Fachkräftemangels und für das lebenslange Lernen spielen?

85 **Die Gesellschaft einer neuen Zeit**

86 Unsere Gesellschaft lebt von Verantwortung – für das private Umfeld, für die
87 Gemeinschaft, für sich selbst, für den Staat. Wir Liberale wissen: Freiheit und
88 Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille! Wo der gesellschaftliche
89 Zusammenhalt schwindet, gerät auch die Freiheit des Einzelnen in Gefahr. Wir
90 müssen unermüdlich daran arbeiten, dass das Hamburg einer neuen Zeit ein Ort
91 der Zusammengehörigkeit ist, der unterschiedliche Lebensentwürfe nicht nur
92 zulässt, sondern diese begrüßt und aus ihnen neue Kraft gewinnt. Gleichzeitig
93 machen wir deutlich: Die Werte unseres Grundgesetzes sind für uns nicht

94 verhandelbar. Denjenigen, die die Menschen auseinandertreiben und spalten
95 wollen, werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen. Und wer glaubt, die
96 Diskursfähigkeit der Gesellschaft mit aus moralischer Überhöhung abgeleiteter
97 „Wahrheiten“ beenden zu können, dem setzen Liberale den Austausch von
98 Argumenten und die Fähigkeit zum Kompromiss auf der Suche nach den besten
99 Lösungen entgegen.

100 Wer für sich selbst Verantwortung übernehmen will, muss zunächst auf den
101 eigenen Beinen stehen können. Überall dort, wo Menschen durch verschiedenste
102 Notlagen die Bestimmung über ihr Leben verlieren, müssen wir doppelt helfen: bei
103 der Bewältigung der Notlage und der Bekämpfung ihrer Ursachen.

104 Wir wollen den Zusammenhalt der Menschen in ihrem Umfeld stärken. Vor Ort
105 aktive Vereine, Verbände und Organisationen leisten einen unschätzbaren Wert
106 für unsere Gemeinschaft. Das kann die Freiwillige Feuerwehr oder ein Sportverein
107 ebenso sein wie eine Opferschutzorganisation oder eine Begegnungsstätte.

108 Für die Gesellschaft Hamburgs in der neuen Zeit sind folgende Fragen wichtig:

109 Wie muss Hamburg seine Hilfsangebote aufstellen, damit die, die sie brauchen,
110 sie auch kennen und nutzen können? Wie stellen wir sicher, dass alle, die sich
111 nicht selber Hilfe suchen können, nicht durch das Raster fallen? Mit welchen
112 Mitteln unterstützen wir die Integration von Menschen, die an verschiedensten
113 Orten der Welt sozialisiert wurden? Welchen Beitrag können und müssen wir
114 Liberale leisten, um gesellschaftliche Konflikte zu lösen und denjenigen die
115 Legitimation zu entziehen, die diese aus Hass und Ausgrenzung gewinnen? Und
116 wie schaffen wir es, dass die neue Zeit von der Diskurs- und Kompromissfähigkeit
117 demokratischer Kräfte geprägt wird?

118 **Die Wirtschaft einer neuen Zeit**

119 Eine starke Wirtschaft ist unabdingbar für einen handlungsfähigen Staat und die
120 Selbstbestimmtheit seiner Bürger. Eine Erhöhung unserer Wirtschaftskraft – und
121 nicht unserer Schulden – ermöglicht uns die Bewältigung der Herausforderungen
122 einer neuen Zeit. Denn unsere Aufgabe ist es nicht, den Wohlstand zu
123 bekämpfen, sondern die Armut!

124 Aber die wirtschaftliche Stärke Hamburgs ist bedroht. Schon heute sind wir im
125 Ranking der Metropolregionen im Kompetenzniveau der Beschäftigten, dem High-
126 Tech-Bereich sowie den Ausgaben für Forschung und Entwicklung weit
127 zurückgefallen. Kein einziges der im DAX vertretenen Unternehmen hat seinen
128 Sitz in Hamburg. Als Finanzstandort fällt unsere Stadt seit Jahren zurück.

129 Nirgends sonst in Deutschland kostet Energie so viel, wie bei uns.³ Und die
130 Zukunftsfähigkeit unseres Hafens in der neuen Zeit erfordert heute eine
131 Neuorientierung im europäischen Wettbewerb.

132 Für die Wirtschaft Hamburgs in der neuen Zeit sind folgende Fragen wichtig:

133 Wie schaffen wir es, Wirtschaft und Wissenschaft besser zu verknüpfen und
134 beispielsweise die Bedingungen für Ausgründungen zu verbessern? Mit welchen
135 gezielten Maßnahmen bringen wir der Metropolregion die Trendwende, die sie
136 dringend braucht? Mit welcher Ausrichtung des Hafens können wir auch in
137 Zukunft von seiner Kraft profitieren? Wie richten wir Hamburg als Finanzstandort
138 wieder auf? Wie müssen wir Hamburg aufstellen, damit internationale
139 Unternehmen sich bei uns ansiedeln? Welche Aspekte gehören zu einer
140 erfolgreichen Internationalisierungsstrategie? Wie entwickeln wir unsere
141 Innenstadt weiter, damit diese in der neuen Zeit wieder zu einem attraktiven
142 Stadtzentrum wird? Wie kann eine Energiestrategie aussehen, die
143 Wettbewerbsbedingungen für unsere Stadt schafft, nicht gegen sie?

144 Wenn Hamburg in der neuen Zeit eine Stadt der Chancen werden soll, dürfen wir
145 den kommenden Generationen nicht noch mehr Schulden aufbürden. Das letzte
146 Jahrzehnt war durch ein beispielloses, strukturelles Aufblähen des Haushaltes
147 geprägt, der in Zeiten nicht enden wollenden Wirtschaftswachstums zwar das
148 Einlösen teurer Wahlversprechen ermöglicht hat – aber sobald die Lage sich
149 abkühlt oder zusätzliche Herausforderungen entstehen – wie in der Corona-
150 Pandemie – gerät ein Haushaltsüberschuss in unerreichbare Ferne. Wir müssen
151 den Haushalt der Stadt mittelfristig so aufstellen, dass er die Anforderungen einer
152 echten (doppischen) Schuldenbremse erfüllt.

153 Für Hamburgs Haushalt in der neuen Zeit sind folgende Fragen wichtig:

154 Wie sieht für uns das ideale Verhältnis zwischen Investitionen in die Zukunft und
155 Entschuldung der öffentlichen Haushalte aus? Wie müssen wir die Schwerpunkte
156 unserer Investitionen ausrichten, um Hamburg für die neue Zeit aufzustellen?
157 Welche Rolle sollen öffentliche Unternehmen sowie städtische
158 Unternehmensbeteiligungen in der neuen Zeit spielen? Mit welchen konkreten
159 Maßnahmen von Bürokratieabbau, Digitalisierung und Aufgabenkritik verbessern
160 wie die Effizienz der Hamburger Verwaltung?

161 **Bewegung durch die neue Zeit**

³ <https://fink.hamburg/2020/05/in-hamburg-ist-der-strom-am-teuersten/>

162 Mobilität ist für die Bewohner einer Metropole ein zentrales Anliegen. Der Grad an
163 Mobilität misst sich nicht an der Art des Fortbewegungsmittels, sondern an der
164 Zeit, die für die Bewegung von Ort zu Ort benötigt wird – sinnvollerweise
165 möglichst wenig – sowie der Qualität der Beförderung – offensichtlich möglichst
166 hoch und dabei kostengünstig. Während die Dauer einer Bewegung von A nach B
167 sehr leicht zu messen ist, hat die Qualität von Mobilität zahlreiche Kriterien:
168 Anschluss an den ÖPNV sowie Verfügbarkeit von Parkflächen an Start und Ziel,
169 Stress durch eine angespannte Verkehrslage, Zustand der Straßen und Wege,
170 Dauer und Anzahl von Umstiegen und Wartezeiten, Zuverlässigkeit des gewählten
171 Verkehrsmittels und Abschätzbarkeit der benötigten Zeit, Energieverbrauch
172 zulasten der Umwelt und andere.

173 Für die Bewegung durch das Hamburg einer neuen Zeit sind folgende Fragen
174 wichtig:

175 Welche Hebel müssen wir in Bewegung setzen, damit Hamburg den
176 Anforderungen einer neuen Zeit an die Mobilität ihrer Bewohner gerecht wird? Wie
177 sieht ein modernes Ticketing-System aus? Wie schaffen wir es, dass der Verkehr
178 ständig fließt? Welche Rolle können Car-Sharing und KI-gesteuerte Fahrzeuge
179 mit nicht CO²-basierten Antrieben auf den Straßen einer neuen Zeit spielen? Mit
180 welchen innovativen Konzepten können wir den Parkdruck in der Stadt
181 verringern? Welche Anforderungen legen wir an die langfristige und strategische
182 Erweiterung des S- und U-Bahnnetzes an?

183 **Das Klima einer neuen Zeit**

184 Wer Verantwortung für Hamburg übernehmen will, muss auch an die Zukunft
185 denken. Für uns bedeutet das: wir leben nicht auf Kosten der kommenden
186 Generation, sondern arbeiten dafür, dass sie nicht nur die gleichen, sondern
187 bessere Chancen hat als wir heute.

188 Als Millionenstadt einer Industrienation kommt Hamburg für das Klima eine
189 besondere Verantwortung zu. Gut gemeint ist aber auch an dieser Stelle das
190 Gegenteil von gut gemacht: Schaufenstermaßnahmen, die die Gesellschaft in
191 dieser so wichtigen Frage spalten und vor allem das Gewissen beruhigen sollen,
192 sind mit uns nicht zu machen. Flugreisen wird es auch in Zukunft geben – aber wir
193 brauchen technische Innovationen, um den CO²-Ausstoß zu verringern. Autos
194 werden auch in den kommenden Jahrzehnten auf unseren Straßen fahren – aber
195 sie sollen nicht mehr mit Benzin angetrieben werden. Eine zukunftsfitte Wirtschaft
196 wird nicht auf Emissionen verzichten können – aber wir wollen die Innovationskraft
197 der Unternehmen durch Emissionshandel für den Klimaschutz gewinnen, statt sie

198 ans Gängelband zu nehmen. Wenn Hamburg zum Klimaschutz einen tatsächlich
199 weltweit spürbaren Beitrag leisten möchte, reicht es nicht, die Stadt vom Netz zu
200 nehmen. Unsere Ideen und Konzepte müssen so gut sein, dass sie überall
201 Beachtung finden.

202 Für den Beitrag Hamburgs für das Klima einer neuen Zeit sind folgende Fragen
203 wichtig:

204 Wie schaffen wir die Synthese aus ökologischer Nachhaltigkeit und metropoler
205 Urbanität? Welche Anforderungen stellen wir an einen tatsächlich effektiven
206 Hamburger Klimaplan und wie sind die vorgesehenen Maßnahmen zu gestalten,
207 um langfristig und nachhaltig die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und
208 zu halten? In welchen Bereichen und mit welchen Maßnahmen kann unsere Stadt
209 ein Vorreiter in der Bundesrepublik und Europa für den Klimaschutz werden?
210 Welche Innovationen helfen uns, CO² zu vermeiden und zu binden?

211 **Die Forschung einer neuen Zeit**

212 Freie und exzellente Forschung sind der Motor der neuen Zeit. Forscher und
213 Wissenschaftler arbeiten an innovativen Lösungen für die Probleme von heute
214 und morgen, die Politiker aller Parteien sich nicht einmal vorstellen können. Es ist
215 daher von zentraler Wichtigkeit für eine zukunftsgerichtete und progressive
216 Gesellschaft, die Forschung an sich und nicht bestimmte Technologien zu fördern
217 und sich auch aussichtsreichen Feldern wie der Gentechnik nicht zu verschließen.
218 Technologischer Fortschritt wird in den kommenden Jahrzehnten einen größeren
219 Beitrag für das Erreichen unserer Klimaziele leisten, als es Fahrverboten oder
220 Benzinpreiserhöhungen auch nur im Ansatz möglich wäre. Die Corona-Krise hat
221 gezeigt, dass bei neuen Herausforderungen selbst dieser Größenordnung die
222 Lösung in technologischen Entwicklungen liegt. Unsere Metropole bietet mit ihren
223 zahlreichen exzellenten Forschungseinrichtungen grundsätzlich hervorragende
224 Voraussetzungen.

225 Leider werden wir derzeit kräftig ausgebremst: Die Studie „Perspektiven der
226 wissenschaftlichen Metropolregion Hamburg“, die von der Akademie der
227 Wissenschaften in Auftrag gegeben wurde, belegt Hamburgs großes Potential,
228 zeigt aber auch die zahlreichen Baustellen auf, z.B. wird der Forschungsförderung
229 in Hamburg eine ausufernde Bürokratie bescheinigt.⁴ Im so wichtigen Bereich der
230 Spitzentechnologien ist Hamburg weit zurückgefallen. Aufgrund der weiterhin
231 fehlenden Erhebung des Bauzustandes der Hochschulgebäude wird jede

⁴ http://www.che-consult.de/fileadmin/pdf/publikationen/Zusammenfassung_final.pdf

232 Sanierung zum Preiskampf. Und die Digitalisierungsstrategie der Hochschulen
233 endet an der Landesgrenze.

234 Für den Beitrag Hamburgs für die Forschung einer neuen Zeit sind folgende
235 Fragen wichtig:

236 Welche Weichenstellungen kann Hamburg vornehmen, um Spitzenforscherinnen
237 und Spitzenforscher aus der ganzen Welt in unsere Stadt zu holen? Was muss
238 getan werden, um die Science City tatsächlich zu einem Erfolg werden zu lassen?
239 Welche Erkenntnisse ziehen wir aus der Studie „Perspektiven der
240 wissenschaftlichen Metropolregion Hamburg“? Was kann die Politik dafür tun, um
241 Vernetzung der Forschungseinrichtungen untereinander und mit der Wirtschaft zu
242 verbessern? Wie kann die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernkonzepte
243 nachhaltig unterstützt werden? Wo stehen wir uns durch unnötige Bürokratie
244 selbst im Weg?

245 **Das Leben in der neuen Zeit**

246 In Hamburg werden regelmäßig Diskussionen darüber geführt, wie viele
247 Menschen in unserer Stadt leben sollen. Soll bei zwei Millionen Schluss sein?
248 Oder ist das schon zu viel? Wir glauben, dass es für unsere Stadt spricht, dass so
249 viele Menschen hier ihre Zukunft sehen. Das Hamburg in der neuen Zeit definiert
250 sich daher nicht über die Anzahl seiner Einwohner, sondern darüber, wie die
251 Lebensqualität der Menschen ist, die hier leben. Zugang zu Grün, Sport- und
252 Erholungsflächen, ein attraktives Kulturangebot, ein angenehmer Arbeitsweg und
253 eine sinnvolle Flächenentwicklung mit kurzen Wegen gehören zu einer attraktiven
254 Stadt ebenso dazu, wie ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle
255 Einkommensschichten mit unterschiedlichen Eigentumsformen. Die
256 Stadtentwicklung der neuen Zeit schafft modernes Planrecht, das den
257 Herausforderungen der Zukunft gerecht wird, behutsame Nachverdichtung
258 ermöglicht und gleichzeitig die Individualität Hamburgs unterschiedlicher Quartiere
259 bewahrt. Attraktive Nebenzentren und die Aufwertung der Stadtteile an Hamburgs
260 Peripherie werden entscheidend sein, um Hamburg in die neue Zeit zu bringen.
261 Die gute Erreichbarkeit eines Sport- oder Spielplatzes oder einer Grünfläche ist
262 daher ebenso wichtig, wie die Qualität der Erholungsfläche selbst.

263 Für das Leben im Hamburg einer neuen Zeit sind folgende Fragen wichtig:

264 Wie können wir auch in Zukunft Wohnraum für alle Einkommensschichten in
265 Hamburg bieten? Welchen Beitrag können innovative Wohnkonzepte (z.B. mit
266 Sharing-Aspekten) und verschiedene Eigentumsformen für die Anzahl der

267 Wohneinheiten und die Wohnfläche insgesamt leisten? Wie können wir
268 grundsätzlich die knappe Fläche in Hamburg effektiver nutzen? Was sind die
269 besten Erfolgsrezepte für attraktive Stadtteil- und Nebenzentren? Was macht ein
270 attraktives Freizeitangebot im Stadtteil aus? Was muss Hamburg tun, um Kunst-
271 und Kulturschaffenden ein gutes Umfeld zu bieten? Und mit welchen
272 Weichenstellungen im Sport „bewegen“ wir Hamburg in der neuen Zeit?

273 **Eine neue Zeit – nach der Pandemie!**

274 Wir sehen uns heute in Gestalt der Corona-Pandemie mit einer Krise konfrontiert,
275 deren Folgen wir in unserer Stadt noch jahrelang spüren werden. Stehen derzeit
276 noch Verhinderung und Linderung der oft tragischen gesundheitlichen Verläufe im
277 Vordergrund, werden uns die Nachwirkungen in den kommenden Jahren auch als
278 Wirtschafts- und Bildungskrise begegnen – dies wird schon heute mehr als
279 deutlich. Auch der Umgang mit Freiheits- und Bürgerrechten ist aktueller denn je.

280 Für den Umgang mit den Folgen von Corona sind folgende Fragen wichtig:

281 Wie verhindern wir, dass ganze „Generationen“ von Krippen- und Kita-Kindern,
282 von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden zu Bildungsverlieren der
283 Krise werden? Was müssen wir landesseitig tun, um die Folgen der Pandemie für
284 Wirtschaft, Handel, Gastronomie und Handwerk zu lindern? Wie bewahren wir
285 unsere Kultureinrichtungen und -schaffenden trotz der Beschränkungen des
286 öffentlichen Lebens? Welchen Plan verfolgen wir für die Rückzahlung der zur
287 Bewältigung der Krise neu aufgenommenen Schulden? Wie stellen wir uns so auf,
288 dass wir künftigen Epi- oder Pandemien besser begegnen können? Welche
289 Schlüsse ziehen wir aus dem Umgang mit Freiheits- und Bürgerrechten in der
290 Pandemie für die Zukunft? Aber auch: welche Fehler dürfen wir kein zweites Mal
291 machen?

292 **Hamburgs beste Zeit liegt noch vor uns. Davon sind wir überzeugt!**

293 Der Landesvorstand wird beauftragt,
294 ein Projekt „**Hamburg – Metropole einer neuen Zeit**“ auf den Weg zu bringen
295 und in diesem Rahmen in den nächsten zwei Jahren zu den Landesparteitagen
296 Konzepte zu den oben genannten Kapiteln vorlegen. Diese sollen in
297 mitgliederoffenen Veranstaltungen mit externem Sachverstand vorbereitet und
298 diskutiert und unter breiter Beteiligung der Partei ausgearbeitet werden. Auf dem
299 ersten Landesparteitag 2023 soll ein erster Bericht über die Ergebnisse vorgestellt
300 werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.